



Interviews

Datum: 21. August 2023

FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Zugeschaltet ist jetzt Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag. – Guten Morgen!

Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Ich grüße Sie ganz herzlich.

Grunwald: Frau Strack-Zimmermann, erst beim NATO-Gipfel in Vilnius – das war Mitte Juli – hat Bundeskanzler Scholz erneut bekräftigt, das Zwei-Prozent-Ziel einzuhalten. Bundesverteidigungsminister Pistorius will es dann konsequenterweise gesetzlich verankern. Eine entsprechende Klausel im Haushaltsentwurf für 2024 wurde dann aber gestrichen, haben wir gerade gehört. Was gilt denn jetzt?

Strack-Zimmermann: Wir haben uns alle die Ohren und Augen gerieben, wenn ich das so sagen darf, denn das, was Sie gesagt haben, das stimmt. Der Bundesfinanzminister hat es aufgesetzt und ich hörte dann, dass aus dem Auswärtigen Amt – die Ministerin war ja auf Reisen – sie da noch mal draufgucken wollte. Insofern gehe ich davon aus, dass das in dieser Woche geklärt ist. Es geht wohl offensichtlich darum, dass dieser Halbsatz „im mehrjährigen Mittel“ vom Bundesverteidigungsminister rausgenommen werden wollte, und jetzt schauen wir mal. Aber ich kann Ihnen nur sehr klar und deutlich auch die Meinung der Freien Demokraten sagen. Diese zwei Prozent Mindestgrenze hat der Kanzler in Vilnius gesagt, hat er immer wieder gesagt, und die werden und müssen kommen, angesichts der Situation, in der wir uns derzeit befinden und vor allen Dingen auch in Zukunft befinden werden.

Grunwald: Aber das heißt, Sie wissen gar nicht so viel über die Gründe, warum das Zwei-Prozent-Ziel nicht gesetzlich verankert wird, wenn man es doch angeblich unbedingt will?

Strack-Zimmermann: Nein, das weiß ich nicht. Da bin ich ganz offen zu Ihnen. Auch uns hat das die, die fachlich damit verbunden sind, überrascht. Offensichtlich ist es eine Diskussion – was heißt Diskussion, ein etwas hin und her, was sich daran entzündet hat, an diesem Halbsatz „im mehrjährigen Mittel“. Eins muss klar sein: Wir wollen und müssen diese zwei Prozent als Mindestuntergrenze festlegen. Es kann aber auch mal sein – es kommt ja immer darauf an, was abfließt. Geld fließt immer dann ab, wenn zum Beispiel Dinge gekauft werden, wenn sie kassenwirksam werden, und das kann auch mal in einem Jahr 1,9 sein, das kann im nächsten Jahr auch mal 2,1 werden. Insofern ist dieses mehrjährige Mittel schon ein entscheidender Satz und ich sage nur, schauen wir mal, und ich gehe mal davon aus, dass das jetzt umgesetzt wird so wie angedeutet. Denn machen wir uns mal nichts vor: Es geht ja nicht nur um die Gefühle von uns beiden oder der Bundesrepublik oder der interessierten

Menschen, die uns jetzt zuhören, sondern es geht auch darum, dass die europäischen Partner, die NATO-Partner sich darauf festgelegt haben. Sie sagten es gerade, Stichwort Vilnius. Da gehe ich doch mal stark davon aus, dass das die nächsten Tage abgeräumt und geklärt wird und wir uns darauf verlassen.

Grunwald: Sie gehen davon aus, Sie wissen es aber nicht. Schauen wir mal auf die Glaubwürdigkeit. Die NATO fordert ja schon seit Jahren das Zwei-Prozent-Ziel ein. Die deutschen Regierungen haben das auch oft genug wiederholt. Aber heute haben wir 2023 und bislang hat Deutschland noch nie zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung gesteckt. Wie glaubwürdig ist es, wenn Scholz und gestern auch der SPD-Vorsitzende Klingbeil fast schon gebetsmühlenartig davon sprechen? Ist das noch glaubwürdig?

Strack-Zimmermann: Man kann ja von Dingen sprechen. Wenn die nicht kommen, sagen alle Leute, was geht denn da ab. Und dann erlaube ich mir auch mal, in die Vergangenheit zurückzugehen. Sie haben ja völlig recht: 2014 – die Deutschen waren ja mit im Boot, als man sagte, angesichts des ersten Angriffs übrigens Russlands auf die Ukraine ...

Grunwald: auf die Krim.

Strack-Zimmermann: Ja, es war der Angriff auf die Ukraine und die Annexion der Krim. Es war ja beides. In diesem Kontext wurde ja das festgeschrieben. Wir waren diejenigen, die mitgeredet, aber es nicht umgesetzt haben, und wir erinnern uns, dass in dieser Zeit es CDU-Verteidigungsminister gab. Das heißt, wir haben auch unter Kanzlerin Merkel geredet, aber nicht gehandelt, und wir sind als Ampel angetreten, es anders zu machen. Deswegen gehe ich dringend davon aus, dass das in wenigen Tagen geklärt wird. Der Kanzler hat es gesagt, der Finanzminister steht bereit und nun muss Verteidigungs- und Außenministerium sich noch mal rütteln und schütteln, damit wir das jetzt mal hier vom Tisch bekommen.

Grunwald: Ökonomen für das Münchner Wirtschaftsinstitut ifo haben ausgerechnet, dass aktuell dieses Jahr eine Lücke von 17 Milliarden Euro klafft, wenn man das Zwei-Prozent-Ziel erreichen wollte, und auch für nächstes Jahr wird es schwer, das Ziel zu erreichen. Es gibt zwar das Sondervermögen der Bundeswehr von 100 Milliarden Euro, aber das wird nicht ausreichen. Das sagen wiederum Berechnungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. – Heißt das nicht, man muss dieses Zwei-Prozent-Ziel gesetzlich verankern, es muss in den Haushalt oder aus regulären Haushaltsmitteln langfristig bezahlt werden, da muss es rein?

Strack-Zimmermann: Ja, es sollte im Haushalt festgeschrieben werden. Aber zu dem, was Sie gerade zitiert haben von den Instituten: Ich würde mal sagen, die machen eine Rechnung auf. Wir haben gesagt, dass diese 100 Milliarden jetzt angerechnet werden auf den Haushalt _23, _24, _25. Denn Sie müssen sich ja vorstellen: Wenn wir heute die zwei Prozent erfüllen, das wären heute roundabout 70 Milliarden (wir sind bei 50 Milliarden) plus der 100 Milliarden. Bei allem Respekt: Das könnten Sie in dieser Form gar nicht ausgeben. Wissen Sie, 100 Milliarden oder mal 10 und 20 Milliarden drauf, das ist leicht gesagt, wenn man die Zahlen aufschreibt. Das bedeutet aber, nicht nur einzukaufen. Das bedeutet, dass die Industrie ihre Kapazitäten hochfahren muss. Das können die aber nur mit mehr Mitarbeitern.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Das machen übrigens große Unternehmen bereits. Das bedeutet aber auch mehr Raum. Da werden Kapazitäten geschaffen. Das schaffen Sie nicht mal eben so, weil wir dadurch, dass die Bundeswehr über Jahrzehnte kein guter Kunde für die Industrie war, man sich auch darauf gar nicht verlassen konnte, ob langfristige Verträge gemacht werden. Es gibt Unternehmen, die sind ins Obligo gegangen, die haben die weltpolitische Lage beobachtet, aber es gibt auch welche, die sagen, ohne langfristige Aufträge kann ich nicht hunderte von Leuten mehr einstellen und einen höheren Output erzeugen.

Wir müssen die 100 Milliarden, das tun wir gerade. Wir werden Ende des Jahres ungefähr die Hälfte der 100 Milliarden in Verträge gebunden haben. Ich gehe davon aus, Ende 24 haben wir dann die 100 Milliarden erreicht. Kassenwirksam wird es wie gesagt, wenn die Ware der Bundeswehr zuläuft. Dann müssen allerdings diese besagten zwei Prozent greifen und ja, es macht Sinn, das in das Haushaltsgesetz reinzuschreiben, damit auch jede Regierung, die kommt, nicht glaubt, wenn der Krieg denn irgendwann zu Ende ist, ist ja alles wieder schön hier und wir legen uns wieder in den Liegestuhl. Nein, diese Zeiten sind vorbei und deswegen gehe ich davon aus, dass wir das jetzt klären.

Grunwald: Denn damit steht ja auch die Frage im Raum: Wenn Deutschland das zwei-Prozent-Ziel auch künftig nicht erreicht, wie verlässlich ist Deutschland dann überhaupt noch als internationaler Partner?

Strack-Zimmermann: Ich glaube, Sie kennen meine und die Meinung meiner Kollegen bei den Freien Demokraten. Wir möchten verlässlich sein. Das ist unabdingbar in dieser Zeit. Es ist übrigens auch unabdingbar deswegen, weil ja auch der Kanzler immer darauf abhebt, was andere tun und dass wir miteinander kooperieren, dass wir fragen, was macht ihr, was können wir tun. Dann würden wir auch große Augen machen, wenn unsere Partner diesbezüglich nicht zuverlässig wären.

Wenn Sie mir allerdings noch einen Satz erlauben? – Es geht jetzt primär zurecht um diese zwei Prozent. Was wir allerdings in Zukunft nicht aus dem Auge verlieren dürfen: Es gibt auch Partner, die geben bereits drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus für Verteidigung, haben aber von der Qualität des Materials, würde ich mal sagen, noch starken Nachholbedarf, ohne da einem Land zu nahe zu treten. Insofern ist das eine wichtig, die Zahl; auf der anderen Seite ist auch die Qualität wichtig. Denn wenn das Bruttoinlandsprodukt runtergeht, dann haben Sie die zwei Prozent eher erreicht, ohne dass besseres Material auf der Straße steht.

Grunwald: Kommen wir noch zu einem anderen Thema. Die USA haben zugestimmt, dass die Ukraine F16 Kampfflugzeuge von Dänemark und den Niederlanden bekommt. Deutschland diskutiert aber nach wie vor über die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine. Sie und andere führende Politiker sind dafür. Der Kanzler zögert, will es sich schwermachen. Sie finden das fatal. Warum?

Strack-Zimmermann: Ich bin erst mal sehr erfreut darüber, dass Dänemark und die Niederlande der Ukraine das zugesagt haben. Es handelt sich um ein Werkflugzeug aus den 70er-

Jahren, von dem es sehr, sehr viele gibt. Es gibt auch viele Länder – übrigens die Deutschen haben die F16 nie geflogen, dass das auf den Weg gebracht wird.

Ich finde das deswegen spannend, weil der Kanzler bei dem Taurus-Marschflugkörper – der hat ja eine sehr hohe Reichweite – und natürlich können Sie mit einem Jagdflugzeug F16, wenn Sie an die ukrainisch-russische Grenze herankommen, die haben auch eine Munition, die gut bis zu 200 Meter, 180 Meter, fliegen kann. Da wird offensichtlich der Ukraine nicht unterstellt, sie würde russisches Territorium angreifen können, und insofern ist das spätestens jetzt das Signal, dass die Partner die F16 schicken, für uns Grund genug, einmal mehr jetzt grünes Licht zu geben. Wir haben genug Taurus-Marschflugkörper. Wir können einen Teil davon abgeben. Sie sind einsatzbereit und sie wären, um die Front zu schützen und vor allen Dingen nicht nur die Front zu schützen, sondern die Nachschubwege – russische Nachschubwege, die könnten unterbrochen und zerstört werden. Deswegen sollten wir in Deutschland aufhören, hier monatelang uns solche Diskussionen zu leisten, sondern wir sollten klarmachen, was kann das Mittel. Die Ukraine braucht es, die Ukraine ist ein verlässlicher Partner. Der Außenminister hat das jetzt noch mal bestätigt, wie umsichtig man damit umgeht. Aber in der Ukraine – Sie haben es gerade am Wochenende wieder erlebt, dieser brutale Angriff, wo auch Kinder schwer verletzt und getötet worden sind -, dass das beendet werden muss, und das kann es nur, wenn die Ukraine die entsprechenden Mittel dazu hat.

Grunwald: Sie wollen Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefern, obwohl 52 Prozent der Deutschen – so ergab der aktuelle ARD-Deutschlandtrend – gegen eine Taurus-Lieferung sind?

Strack-Zimmermann: Die Umfragen sind wichtig. Ich gehöre jetzt nicht zu der Abteilung, die morgens aufwacht, wie heute Morgen, und Umfragen liest, um dann zu entscheiden, wie meine Politik aussieht. Ich nehme das sehr ernst. Ich habe auch Verständnis dafür, dass Leute da möglicherweise ein Störgefühl haben. Aber ein Störgefühl kommt auch daher, wenn Regierungsverantwortliche sich immer selbst vergewissern, dass sie sich schwertun. Menschen erwarten ja, dass wir etwas tun, dass wir es uns nicht leichtmachen, und ich kann da nur Walter Scheel zitieren. Der hat mal gesagt, es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun, sondern die Aufgabe ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen. Insofern sollten wir es den Menschen in Deutschland erklären.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.